

Univ.-Prof. Dr. Franz Schausberger  
Landeshauptmann a. D.  
Beauftragter des Landes Salzburg für den  
Ausschuss der Regionen

Salzburg, Ende Dezember 2019

Frau  
Landtagspräsidentin  
Dr. Brigitta Pallauf  
Chiemseehof

*Betreff:*

AdR, Bericht des Beauftragten des Landes Salzburg für den AdR über das Jahr 2019

1. 22. Sitzung der Fachkommission CIVEX am 25. Jänner 2019
2. 133. Plenartagung des Ausschusses der Regionen 6./7. Februar 2019
3. 8. Gipfel der Regionen und Städte in Bukarest am 14./15. März 2019
4. 23. Sitzung der Fachkommission CIVEX am 1. April 2019
5. 134. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 10./11. April 2019
6. 24. Sitzung der AG Westbalkan und Erweiterungstage-Plenartagung am 18./19. Juni 2019
7. 24. Sitzung der Fachkommission CIVEX am 25. Juni 2019
8. 135. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 26./27. Juni 2019
9. 136. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 7./8./9. Oktober 2019
10. 25. Sitzung der AG Westbalkan am 22. Oktober 2019
11. 25. Sitzung der Fachkommission CIVEX am 14. November 2019
12. 137. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 4./5. Dezember 2019
13. 26. Sitzung der Fachkommission CIVEX am 9. Dezember 2019

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin!

Unter Hinweis auf Art. 50c Abs. 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1999 idgF möchte ich über meine Arbeit als Vertreter des Landes Salzburg im Ausschuss der Regionen im Jahr 2019 berichten:

## **1.) 22. Sitzung der Fachkommission CIVEX am 25. Jänner 2019**

Unter Leitung der Vorsitzenden Barbara DUDEN (DE/SPE) fand die 22. Sitzung der Fachkommission CIVEX des Ausschusses der Regionen (AdR) am 25. Januar 2019 in Brüssel statt.

- Stellungnahme-Entwurf „Vorschlag für eine Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache“ (CDR 6213/2018; Berichterstatterin: Anna MAGYAR, HU/EVP)

Der Entwurf bekräftigt, dass die unterstützende Rolle und das Mandat der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) insbesondere in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Drittstaaten erheblich verstärkt werden müssen, um einen wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen und eine weitaus effektivere Rückführung illegaler Migranten zu gewährleisten. Es wird allerdings gleichzeitig darauf hingewiesen, dass ein erweitertes Mandat mit stärkeren Garantien einhergehen muss, um sicherzustellen, dass ihre Handlungen grundrechtskonform sind. Es wird betont, dass die vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen die Fähigkeit benachbarter Regionen zur Zusammenarbeit erheblich beeinträchtigt und darüber hinaus schwerwiegende Auswirkungen auf die Wirtschaft der Regionen hat, weshalb strengere Kontrollen an den Außengrenzen wichtig sind. Außerdem stellt der Entwurf fest, dass den Mitgliedstaaten Verpflichtungen auferlegt werden, zu den gemeinsamen Operationen der Agentur beizutragen, sieht aber auch den Vorschlag kritisch, eine ständige Reserve mit bis zu 10 000 Einsatzkräften einzurichten, da die Entsendung nationaler Grenzschutzbeamter und nationaler Bediensteter zur Agentur einen eventuellen Fachkräfteverlust zur Folge haben und somit für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu einer zusätzlichen Belastung werden könnte.

Der Stellungnahme-Entwurf wurde mehrheitlich angenommen und stand anlässlich der Plenartagung am 6./7. Februar 2019 zur Verabschiedung heran.

## **2.) 133. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 6./7. Februar 2019**

An der 133. Plenartagung nahmen als österreichische AdR-Mitglieder HLH Wallner, HLH Kaiser, HLTP Sigl, HLTP Illedits, FLRin Eibinger-Miedl, HLR Eichtinger, HBgm Stadler, HGR Florianschütz und ich teil.

Nachfolgende Stellungnahmen wurden verabschiedet:

- Kreatives Europa und eine neue europäische Agenda für Kultur (CDR 3890/2018)
- Erasmus - Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport (CDR 3950/2018)
- Vorschlag für eine Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache (CDR 6213/2018)
- Straffung der TEN-V-Umsetzung (CDR 3592/2018)

- Eine erneuerte Europäische Agenda für Forschung und Innovation (CDR 3955/2018)
- Künstliche Intelligenz für Europa (CDR 3953/2018)
- Bekämpfung von Desinformation im Internet: ein europäisches Konzept (CDR 3908/2018)
- Straßenverkehrssicherheit und automatisierte Mobilität (CDR 3591/2018)
- Der Weg zu einem 8. Umweltaktionsprogramm (CDR 1672/2018)
- Die Digitalisierung im Gesundheitswesen (CDR 2838/2018)

Es wurden anlässlich der 133. Plenartagung von der österreichischen Delegation zwei Änderungsanträge zur Stellungnahme Straßenverkehrssicherheit und automatisierte Mobilität eingebracht, von denen einer angenommen und einer abgelehnt wurde.

Österreichische Wortmeldungen erfolgten durch HLR Eichinger, HLH Kaiser und mich. Ich sprach mich im Zusammenhang mit der Stellungnahme zum Vorschlag für eine Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache für einen wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen und eine effektive Rückführung illegaler Migranten aus. Dies bedeutet, dass – im Sinne des Vorschlages des österreichischen EU-Ratsvorsitzes – die Europäische Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) so rasch wie möglich auf 10.000 Personen aufgestockt werden muss. Es ist bedauerlich, dass dieser Vorschlag des österreichischen Ratsvorsitzes nicht die notwendige Mehrheit gefunden hat und die Maßnahme auf das Jahr 2027 aufgeschoben wurde, obwohl sofortiges, wirksames Handeln gegen die Schlepper dringend notwendig wäre.

### **3.) 8. Gipfel der Regionen und Städte in Bukarest am 14./15. März 2019**

Am 8. Gipfel der Regionen und Städte nahmen HLH Kaiser, FLTPin Pallauf, FLTPin Ledl-Rossmann, FLTPin Vollath, HLTP Wilfing, HNRAbg Weninger und ich teil.

Im Mittelpunkt des Gipfels standen die Themen Brexit, Kohäsion sowie Subsidiarität und die Bukarester Erklärung.

#### **Kohäsion:**

Dem Panel zum Thema „Sozialer Zusammenhalt und Integration in den Regionen und Städten“ zufolge sei ersichtlich, dass Integration in städtischen und ländlichen Regionen völlig unterschiedlich aufgenommen werde und auch unterschiedlich erfolgreich sei. Die Diskussion im Panel „Regionen und Städte der EU für eine nachhaltige Zukunft“ lässt sich dahingehend zusammenfassen, als die Städte und Regionen ihren Einlassungen zufolge bereit seien, ihren Teil zu leisten, jedoch verstärkt Unterstützung von den mitgliedstaatlichen Regierungen und der EU erwarten. Hinsichtlich der Diskussion zum Thema „Territorialer Zusammenhalt für Bürgerzusammenhalt“ herrschte Einigkeit betreffend die Forderung nach mehr Budgetmitteln für die Kohäsionspolitik sowie mehr Partnerschaft und erleichtertem Cross-Policy-Austausch.

### **Brexit:**

Im Rahmen der Debatte „Eine gemeinsame Zukunft aufbauen – Lehren aus dem Brexit“ mit Kommunal- und Regionalpolitikern der EU ging der Brexit-Chefunterhändler der EU Michel Barnier kaum auf die Rolle der Regionen und Städte bei der künftigen Politikgestaltung der EU zum Aufbau eines stärkeren Europas ein, vielmehr rief er zu einem Gesamtansatz auf. Er hielt abschließend fest, dass die Zukunft der EU davon geprägt sein werde, ob sich Mitgliedstaaten dafür entscheiden solidarisch oder solitär zu sein.

### **Subsidiarität:**

Im Panel zum Thema „Aktive Subsidiarität: Europa gemeinsam gestalten“, in dem auch HLH Kaiser vertreten war, wurde vorgebracht, dass die EU ihre Arbeitsweise verändern und sich einen inklusiven und aktiven Ansatz für ihren Beschlussfassungsprozess zu eigen machen muss. Den Regionen und Städten mehr Mitsprache bei der Entwicklung der EU einzuräumen, kann zu besseren Ergebnissen führen und die positive Wirkung der EU-Maßnahmen verstärken. Zu diesen Schlüssen kam die Taskforce für Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit, zu der der Europäische Ausschuss der Regionen 2018 einen entscheidenden Beitrag geleistet hat.

### **Bukarester Erklärung:**

Die im Rahmen des 8. Gipfel der Regionen und Städte verabschiedete Bukarester Erklärung „Die EU gemeinsam mit unseren Regionen und Städten von Grund auf erneuern“ spricht sich für die Stärkung der demokratischen Grundlagen der EU und die lokale Verankerung der EU-Maßnahmen für eine bessere Zukunft für unsere Bürgerinnen und Bürger aus.

Österreichische Wortmeldungen erfolgten durch HLH Kaiser, FLTP Vollath und mich. Gegenüber dem Panel „Aktive Subsidiarität: Europa gemeinsam gestalten“ habe ich vorgebracht, dass das hauptsächliche Problem die Unterschiedlichkeit der Regionen und Kommunen ist. Dies würde durch eine Erweiterung der Westbalkanregion noch verstärkt werden. Es ist keine Verbesserung der Regionen und Kommunen durch den Vertrag von Lissabon passiert, wobei dies sowohl an den Mitgliedstaaten als auch der EU selber liegt. Der Trend zu autokratischen Regierungen in der EU zeigt sich überall dort, wo zentralisiert wird.

## **4.) 23. Sitzung der Fachkommission CIVEX am 1. April 2019**

Unter Leitung der Vorsitzenden Barbara Duden (DE/SPE) fand die 23. Sitzung der Fachkommission CIVEX des Ausschusses der Regionen (AdR) am 1. April 2019 in Brüssel statt.

In dieser Fachkommission wurden keine Stellungnahmen angenommen.

## **5.) 134. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 10./11. April 2019**

An der 134. Plenartagung nahmen als österreichische AdR-Mitglieder HLH KAISER, FLH Mikl-Leitner, HLTP Sonderegger, FLTPin Ledl-Rossmann, HLR Eichtinger, HBgm Wagner, HBgm Stadler, HGR Weninger und ich teil.

Nachfolgende Stellungnahmen wurden verabschiedet:

- Das Europäische Semester und die Kohäsionspolitik: Abstimmung von Strukturreformen mit langfristigen Investitionen (CDR 5504/2018)
- Umsetzung der EU-Forststrategie (CDR 0973/2019)

Die österreichische Delegation hatte keine Änderungsanträge eingebracht.

Österreichische Wortmeldungen erfolgten durch FLH Mikl-Leitner, HLH Kaiser und mich. Im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt „Grundrechte und Werte“ der EU forderte ich, dass die Europäische Kommission zur Förderung von Frieden, Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit auf eine Stärkung von Regionen, Städten und Gemeinden drängt. Besonders aktiv in der Stärkung der Direkten Demokratie sind hier die „starken“ Regionen wie Salzburg, also Länder mit Gesetzgebungskompetenzen. Regionen und Gemeinden müssen daher gestärkt und nicht geschwächt werden. Im Vertrag von Lissabon von 2009 wurden die Rechte der Regionen und Kommunen vertraglich gestärkt, insbesondere die regionale und lokale Demokratie. Die aktuelle Entwicklung geht jedoch in die entgegengesetzte Richtung. In den letzten zehn Jahren wurden die regionalen und lokalen Ebenen und damit die Demokratie in mehreren Ländern durch verstärkten Zentralismus bei Zuständigkeiten und Finanzhoheit empfindlich geschwächt. Im Hinblick darauf setze ich mich für eine Wahrung der im Lissabon-Vertrag verankerten Fundamentalprinzipien und Grundrechte ein.

## **6.) Arbeitsgruppe Westbalkan und Erweiterungstage-Plenartagung am 18./19. Juni 2019 in Brüssel**

Am 18. Juni 2019 fand neben den anderen Gemischten Beratenden Ausschüssen und Arbeitsgruppen die Arbeitsgruppe Westbalkan statt. Unter meinem Vorsitz setzte sich die Arbeitsgruppe Westbalkan diesmal mit dem Thema „EU - Bosnien und Herzegowina Beziehungen“ und „den Konsequenzen des Abkommens von Dayton auf die Verwaltungsstruktur Bosnien und Herzegowinas und die lokale und regionale Demokratie“ auseinander. Im Besonderen wurde auf die Schwierigkeiten der Regierungsbildung nach den Wahlen 2018 eingegangen. Dabei meldeten sich hochrangige Vertreter der Diplomatie Bosnien und Herzegowinas, der EU-Kommission und anderer Interessenvertretungen zu Wort.

Am 19. Juni fand die Erweiterungstage-Plenartagung statt, die vom Präsident des Ausschusses der Regionen Karl-Heinz Lambertz und einer Videobotschaft des Erweiterungskommissars Johannes Hahn eröffnet wurde. Die thematischen

Programmpunkte konzentrierten sich auf die Vorbeitrittshilfen, die von der EU für die Heranführung von Beitrittskandidaten oder potenziellen Beitrittskandidaten vergeben werden. Dabei beschäftigte man sich insbesondere mit den Fragen, ob durch die Vergabe dieser Gelder die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vor Ort gefördert werden und inwiefern eine verbesserte Governance zu sozioökonomischen Vorteilen führt. In diesem Zusammenhang meldete sich auch der Österreicher Valentin Inzko, Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, zu Wort. Schlussendlich durfte ich in meinen Schlussbemerkungen die Erkenntnisse der Erweiterungstage noch einmal zusammenfassend wiedergeben.

## **7.) 24. Sitzung der Fachkommission CIVEX am 25. Juni 2019**

Unter dem Vorsitz von Barbara Duden (DE/SPE) fand die 24. Sitzung der Fachkommission CIVEX am 25. Juni 2019 in Brüssel statt.

- Stellungnahme-Entwurf „Bessere Rechtsetzung: Wir ziehen Bilanz und erneuern unser Engagement“ (CDR 2579/2019; Berichterstatter: Olgierd Geblewicz, PL/EVP)

Der Entwurf hält fest, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften unmittelbar in die Prozesse der Konzipierung solider EU-Vorschriften und der Bewertung ihrer Wirksamkeit eingebunden werden müssen, da sie rund 70 % der EU-Vorschriften umsetzen und anwenden und gleichzeitig über die größte Bürgernähe verfügen. Da es für die Umsetzung der Vorschriften sowie für die Wahrnehmung der EU ausschlaggebend ist, dass die Bürger die Ziele der Vorschriften und die sich daraus für sie ergebenden Vorteile verstehen, müssen die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften als glaubwürdige Instanzen für die Bürger in vollem Umfang an dem Kommunikationsprozess beteiligt werden – d. h. an der Verbreitung von Informationen, die auf der lokalen Ebene verständlich sind sowie an der Erläuterung des Zwecks der Vorschriften. Die Rolle des Ausschusses der Regionen als Brücke zwischen den EU-Institutionen und den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ist von entscheidender Bedeutung. Des Weiteren wird die Notwendigkeit der stärkeren Einbindung des AdR und der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei den Instrumenten der besseren Rechtsetzung im Sinne des Konzepts der aktiven Subsidiarität betont.

Der Stellungnahme-Entwurf wurde in der FK CIVEX mit großer Mehrheit angenommen und stand in der 136. AdR-Plenartagung am 8./9. Oktober 2019 zur Verabschiedung heran.

- Stellungnahme-Entwurf „Aktionsplan gegen Desinformation“ (CDR 1053/2019; Berichterstatter: Randel Länts; EE/SPE)

Der Entwurf stellt fest, dass die Redakteure und die Stichhaltigkeit der verbreiteten Informationen in den neuen Medien nur unzureichend oder gar nicht kontrolliert werden. Gleichzeitig sind in den letzten Jahren neue Mittel und Wege aufgekommen, durch die falsche Informationen möglichst glaubwürdig und realistisch dargeboten

werden können. Man zeigt sich besorgt darüber, dass sich die Plattformen der sozialen Medien bislang erfolgreich Rechtsvorschriften entziehen konnten, die diese Unternehmen eigentlich dazu verpflichten würden, die Nutzer mit Blick auf die Inhalte zu unterstützen und deren Probleme in Echtzeit und in der Sprache des jeweiligen Mitgliedstaates zu lösen. Außerdem wird bedauert, dass die lokalen Behörden, die über die Geschehnisse vor Ort am besten Bescheid wissen, bei der Bekämpfung der Verbreitung von Falschinformationen nur eine Nebenrolle haben. Deshalb wird u. a. vorgeschlagen, die Social-Media-Plattformen mit Hilfe politischer Empfehlungen oder regulatorischer Maßnahmen dazu anzuhalten, wesentlich mehr Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, um die Nutzer über Desinformation und Quellenkritik aufzuklären. Darüber hinaus wird gefordert, in Erwägung zu ziehen, lokale Behörden und Bürgervereinigungen europaweit finanziell zu unterstützen, um die Fähigkeit zur Aufdeckung von Falschinformationen zu erhöhen, deren Verbreitung zu bekämpfen und die gegenseitige und grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Behörden und Bürgervereinigungen zu intensivieren.

Der Stellungnahme-Entwurf wurde in der FK CIVEX mit großer Mehrheit angenommen und stand in der 136. AdR-Plenartagung am 4./5. Dezember 2019 zur Verabschiedung heran.

#### **8.) 135. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 26./27. Juni 2019**

An der 135. Plenartagung nahmen als österreichische AdR-Mitglieder HLH Kaiser (Delegationsleiter), HLTP Sonderegger, HLTP Sigl, FLRin Eibinger-Miedl, HBgm Stadler, FVBgmin Kiefer, HGR Florianschütz und ich teil.

Nachfolgende Stellungnahmen wurden verabschiedet:

- Makroregionale Strategien am Beispiel des Donaauraums: ein Rahmen für die Förderung transnationaler Cluster (CDR 6422/2018)
- Auf dem Weg zu einer effizienteren und demokratischeren Beschlussfassung in der EU-Steuerpolitik (CDR 0845/2019)
- Ein standortbezogener Ansatz für die industriepolitische Strategie der EU (CDR 5941/2019)
- Entschließung zu den Vorschlägen des Europäischen Ausschusses der Regionen für die neue Legislaturperiode der Europäischen Union (CDR 2550/2019)
- Die Nachhaltigkeitsziele (SDG): Grundlage einer langfristigen EU-Strategie für ein nachhaltiges Europa bis 2030 (CDR 0239/2019)
- Eine nachhaltige Bioökonomie für Europa: Stärkung der Verbindungen zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt (CDR 6433/2018)
- Ausbau des Unterrichts der MINT- (und Kunst-)Fächer in der EU (CDR 6435/2018)
- Für einen umfassenden Rahmen der Europäischen Union für endokrine Disruptoren (CDR 6068/2018)
- Die grenzübergreifende Dimension der Katastrophenvorsorge (CDR 6135/2018)
- Eine neue europäische Agenda zur Beschleunigung der Entwicklung der maritimen Industrie (CDR 6141/2018)

- Multi-Level-Governance und sektorübergreifende Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Energiearmut (CDR 5877/2018)
- Ein sauberer Planet für alle – eine Europäische strategische, langfristige Vision für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft (CDR 5736/2018)

Es wurden anlässlich der 135. Plenartagung von der österreichischen Delegation drei Änderungsanträge, einer zur Stellungnahme „Makroregionale Strategien am Beispiel des Donauraums“ und zwei zur Entschließung zu den Vorschlägen des österreichischen Ausschusses der Regionen für die neue Legislaturperiode der EU, eingebracht. Ersterer wurde vom Änderungsantrag des Berichterstatters konsumiert und Letztere wurden angenommen.

Österreichische Wortmeldungen erfolgten zur Debatte über die Verankerung der Nachhaltigkeitsziele vor Ort durch HLH Kaiser, zur Debatte über die Rolle der EU-Regionen bei der Multi-Level-Governance von Klimaschutz und Energiewende durch HLTP Sigl und FLRin Eibinger-Miedl sowie zum Festakt anlässlich des 25-jährigen Bestehens von AdR und KGRE durch HGR Florianschütz.

### **9.) 136. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 7./8./9. Oktober 2019**

An der 136. Plenartagung nahmen als österreichische AdR-Mitglieder HLH Platter (Delegationsleiter), HLH Kaiser, HLR Eichtinger, FLRin Eibinger-Miedl, HLR Achleitner, FLTPin Pallauf, HBgm Stadler, HBgm Wagner, HGR Weninger und HGR und LABg. Florianschütz teil.

Nachfolgende Stellungnahmen wurden verabschiedet:

- Empfehlungen zur Erarbeitung wirksamer regionaler Entwicklungsstrategien über 2020 hinaus (CDR 0644/2019)
- Bessere Kommunikation der Kohäsionspolitik (CDR 0645/2019)
- Der Beitrag des AdR zur erneuerten territorialen Agenda mit besonderer Betonung der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen Maßnahmen zur lokalen Entwicklung (CDR 1897/2019)
- Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030: Follow-up zu den UN-Nachhaltigkeitszielen, zur Ökowende und zum Klimaschutzübereinkommen von Paris (CDR 0965/2019)
- Umsetzung des Pakets „Saubere Energie“: die integrierten nationalen Energie- und Klimapläne als Instrument für einen lokalen und regionalen Governance-Ansatz bei Klimaschutz sowie aktiver und passiver Energienutzung (CDR 0618/2019)
- Entschließung zu den Entwicklungen in den interinstitutionellen Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 (CDR 3887/2019)
- Der Beitrag der Regionen und Städte zur Aufstellung eines neuen politischen Rahmens der EU für KMU (CDR 2041/2019)

- Bericht zur Umsetzung der Vergaberichtlinien (CDR 1136/2019)
- Bessere Rechtsetzung: Wir ziehen Bilanz und erneuern unser Engagement (CDR 2579/2019)
- Aktiv und gesund im Alter (CDR 0015/2019)
- Entschließung zum Europäischen Semester 2019 mit Blick auf den Jahreswachstumsbericht 2020 (CDR 3856/2019)
- Sozioökonomische Transformation von Kohleregionen in Europa (CDR 6337/2018)
- Afrikanische Schweinepest und der Schweinefleischmarkt in der EU (CDR 0947/2019)
- Pastoralismus (CDR 0145/2019)
- Forschungsinfrastrukturen – die Zukunft des Europäischen Forschungsraums (EFR) aus regionaler und grenzüberschreitender Sicht (CDR 0896/2019)
- Umsetzung des Übereinkommens von Paris durch eine innovative und nachhaltige Energiewende auf regionaler und lokaler Ebene (CDR 0617/2019)
- Intelligente Städte: neue Herausforderungen für einen gerechten Übergang zur Klimaneutralität – Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele in der Praxis (CDR 2974/2019)
- Digitales Europa für alle: intelligente und inklusive Lösungen vor Ort (CDR 3332/2019)

Es wurden anlässlich der 136. Plenartagung von der österreichischen Delegation fünf Änderungsanträge eingebracht, zwei zur Stellungnahme „Umsetzung des Pakets Saubere Energie“, einer zur Stellungnahme „Afrikanische Schweinepest und der Schweinefleischmarkt in der EU und zwei zur Stellungnahme „Umsetzung des Übereinkommens von Paris durch eine innovative und nachhaltige Energiewende auf regionaler und lokaler Ebene“. Betreffend die erste Stellungnahme wurde ein Änderungsantrag abgelehnt und einer durch einen Änderungsantrag des Berichterstatters konsumiert. Im Zusammenhang mit der zweiten Stellungnahme wurde der Änderungsantrag angenommen und bezüglich der dritten wurde ein Änderungsantrag angenommen und einer durch einen Änderungsantrag des Berichterstatters konsumiert.

Österreichische Wortmeldungen erfolgten durch HLR Eichtinger zur Debatte zum neuen Mehrjährigen Finanzrahmen und durch FLTPin Pallauf zum Tagesordnungspunkt „Für lokale und regionale Gebietskörperschaften relevante Angelegenheiten“ und zur Stellungnahme „Pastoralismus“.

## **10.) 25. Sitzung der AG Westbalkan am 22. Oktober 2019**

Am 22. Oktober 2019 fand in Mostar (Bosnien und Herzegowina) eine auswärtige Sitzung der AdR-Arbeitsgruppe Westbalkan unter meinem Vorsitz statt. In meinem Eingangsstatement erinnerte ich an die Geschichte Mostars, die es nach so vielen Jahren zu überwinden gilt. Es ist insbesondere von entscheidender Bedeutung, dass im Jahre 2020 Wahlen in Mostar stattfinden. Obwohl die Entscheidung des Europäischen Rates, derzeit keine Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien aufzunehmen, zu bedauern ist, stellt dies keinesfalls das Ende des

Heranführungsprozesses dar. Es ist aber stets zu bedenken, dass auch sämtliche Voraussetzungen von Seiten der Beitrittswerber erfüllt werden müssen.

Im Anschluss fanden zwei Diskussionsrunden statt. In der ersten thematisierten der Botschafter Johann Sattler, Leiter der EU Delegation und Sonderbeauftragter in Bosnien und Herzegowina, und andere hochrangige Vertreter die aktuellen Entwicklungen der Beziehungen zwischen der EU und Bosnien und Herzegowina. In der zweiten Diskussionsrunde wurden Wege besprochen, wie die EU bei der Lösung der Problematik um die seit 2008 nicht mehr stattfindenden Kommunalwahlen in Mostar helfen kann.

### **11.) 25. Sitzung der Fachkommission CIVEX am 14. November 2019**

Unter Leitung der Vorsitzenden Barbara Duden (DE/SPE) fand die 25. Sitzung der Fachkommission CIVEX des Ausschusses der Regionen (AdR) am 14. November 2019 in Brüssel statt.

- Stellungnahme-Entwurf „Der Beitrag der Regionen und Städte zur Entwicklung in Afrika“ (CDR 3729/2019; Berichterstatter: Robert Zeman CZ/EVP)

Der Berichterstatter Robert Zeman betonte, dass das Problem der Migration nur im Rahmen einer Partnerschaft gelöst werden kann, da mehrere Länder davon betroffen sind und dieselben Interessen teilen. Zudem wies er auf die Notwendigkeit hin, das Problem der Entwicklung anzusprechen, indem spezifische Programme, Mittel und der Aufbau persönlicher Beziehungen gefördert werden, um eine wirksame Entwicklung in afrikanischen Ländern zu unterstützen. Abschließend betonte er die Dringlichkeit, das Problem so schnell wie möglich anzugehen und sich auf seine Hauptursachen zu konzentrieren.

Der Vertreter der Europäischen Kommission betonte, dass Migration ein sehr bedeutendes und komplexes Thema ist, für das komplexe Lösungen erforderlich sind. Er wies darauf hin, dass in den letzten Jahren einige Erfolge zu verzeichnen waren, zum Beispiel, dass die Zahl der irregulären Ankünfte im Vergleich zu 2015 erheblich zurückgegangen ist. Des Weiteren erwähnte er den Valletta-Gipfel 2015 und betonte, dass sich eine der Säulen des gemeinsamen Valletta-Aktionsplans auf die Notwendigkeit bezieht, die Ursachen des Migrationsphänomens zu beseitigen. Außerdem ist es wichtig, Wachstum und Beschäftigungschancen in Afrika sicherzustellen, um das Problem drastisch zu verringern.

Die Stellungnahme wurde mit großer Mehrheit angenommen und steht in der Plenartagung am 11./12. Februar 2020 zur Verabschiedung heran.

- Stellungnahme-Entwurf „Die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der Union – ein Konzept für das weitere Vorgehen“ (CDR 3730/2019; Berichterstatter: Franco Iacop IT/SPE)

Der Berichterstatter hob die enge Verbindung zwischen Rechtsstaatlichkeit, Schutz der Grundrechte und Demokratie hervor. Dabei geht es insbesondere darum, die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit durch die Mitgliedstaaten zu überwachen, insbesondere im Hinblick auf die Medien und die Justiz. Die aktive Partizipation des AdR und der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften spielt in dieser Hinsicht eine sehr wichtige Rolle.

Eine Vertreterin der Ständigen Vertretung Finnlands hielt einen Vortrag über die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der EU und präsentierte, was die finnische Präsidentschaft zu diesem Thema unternommen hat. Die Rechtsstaatlichkeit ist eine der vier Hauptprioritäten des finnischen Ratsvorsitzes. Insbesondere betonte sie, dass das Hauptziel des finnischen Ratsvorsitzes die Entwicklung des rechtsstaatlichen Dialogs mit dem Rat ist. Sie erwähnte auch den Vorschlag über die Konditionalität zwischen Rechtsstaatlichkeit und dem nächsten MFR im Falle allgemeiner Rechtsstaatlichkeitsdefizite in einem Mitgliedstaat.

Die Stellungnahme wurde mehrheitlich angenommen und steht in der Plenartagung 11./12. Februar 2020 zur Verabschiedung heran.

- Stellungnahme-Entwurf „Erweiterungspaket“ (CDR 2727/2019; Berichterstatter: Jaroslav Hlinka SK/SPE)

Der Berichterstatter erklärte, dass das Ziel seines Dokuments darin besteht, spezifische Fragen für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im Kontext des Erweiterungsprozesses zu untersuchen. Schließlich betonte er, dass der Stellungnahme-Entwurf Empfehlungen an die EK, den Rat und das EP beinhaltet.

Der Vertreter der Europäischen Kommission äußerte die Enttäuschung der EK über den Beschluss des Europäischen Rates über den Aufschub der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien. In Bezug auf Bosnien und Herzegowina erklärte er, dass eine baldige Regierungsbildung wichtig ist. Bezüglich der Türkei betonte er, dass die Situation komplizierter ist, insbesondere hinsichtlich der Herausforderungen an die Rechtsstaatlichkeit und die Militarisierung der Türkei in Syrien. Er betonte, dass es unerlässlich ist, einen Weg zu finden, um einen Dialog mit der Türkei aufrechtzuerhalten, weil das Land ein wichtiger Partner für die EU bleibt. Abschließend erwähnte er die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im Erweiterungsprozess und erklärte, dass die Kommission auch in diesem Bereich auf die Unterstützung des AdR vertraut.

Im Rahmen meiner Wortmeldung begrüßte ich den Entwurf der Stellungnahme und stimmte dem Vertreter der EK betreffend den Beschluss des Europäischen Rates über Albanien und Nordmazedonien zu. Ich äußerte Bedauern, dass der Europäische Rat die Empfehlungen der EK nicht berücksichtigt hat. Seitens des AdR muss eine klare Aussage für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen für Nordmazedonien und Albanien getätigt werden. Darüber hinaus erwähnte ich zum Thema Rechtsstaatlichkeit die seit elf Jahren aufgrund einer Nicht-Einigung auf eine verfassungskonforme Wahlrechtsregelung nicht mehr stattfindenden Kommunalwahlen in der bosnisch-herzegowinischen Stadt Mostar. Es ist

unerträglich, dass Bürgerinnen und Bürger über so lange Zeit nicht ihr kommunales Wahlrecht ausüben können. Auf Grund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte müssen nun die einschlägigen Wahlgesetze innerhalb von sechs Monaten geändert werden, sodass es wieder zu Wahlen kommen kann. Ich betonte, dass es positiv ist, dass auf europäischer Ebene auf solche unerträglichen Entwicklungen Einfluss genommen werden kann, damit die Menschen in Mostar wählen gehen können. Es ist auch ein Zeichen dafür, dass diese europäischen Institutionen grundsätzlich funktionieren.

Die Stellungnahme wurde mehrheitlich angenommen und steht in der Plenartagung am 11./12. Februar 2020 zur Verabschiedung heran.

## **12.) 137. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 4./5. Dezember 2019**

An der 137. Plenartagung nahmen als österreichische AdR-Mitglieder HLR Illedits (Delegationsleiter), HLH Kaiser, HLTP Sonderegger, FLTPin Pallauf, FLTPin Ledl-Rossmann, HBgm Stadler, HBgm Wagner, FVBgmin Kiefer, HGR Weninger, HGR & LAbg. Florianschütz und ich teil.

Nachfolgende Stellungnahmen wurden verabschiedet:

- Die Herausforderungen für die Metropolregionen und ihre Position in der künftigen Kohäsionspolitik nach 2020 (CDR 1896/2019)
- Makroregionale Strategie für die Karpaten (CDR 3425/2019)
- Der potenzielle Beitrag des Eisenbahnsektors zur Verwirklichung der politischen Prioritäten der EU (CDR 1939/2019)
- Verbesserung der Verwaltungskapazitäten der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Stärkung von Investitionen und Strukturreformen 2021-2027 (CDR 2043/2019)
- Entwurf des Verhaltenskodexes für die Mitglieder des AdR (CDR 4970/2019)
- Entwurf einer Entschließung zum Thema: „Der grüne Deal in Partnerschaft mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften“ (CDR 4351/2019)
- Der Konvent der Bürgermeister nach 2020 (CDR 1804/2019)
- Arbeit auf digitalen Plattformen - Regulierungsfragen aus lokaler und regionaler Sicht (CDR 2655/2019)
- Ein europäischer Rahmen für die Regulierung der kollaborativen Wirtschaft (CDR 1951/2019)
- Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Gestaltung der künftigen Östlichen Partnerschaft (CDR 3731/2019)
- Aktionsplan gegen Desinformation (CDR 1053/2019)
- Bericht über die Wettbewerbspolitik 2018 (CDR 3686/2019)

Die österreichische Delegation hatte 18 Änderungsanträge eingebracht: 2 zur Stellungnahme „Herausforderungen für Metropolregionen“ (1 angenommen, 1 konsumiert), 8 Änderungsanträge zur Stellungnahme „Ad-hoc-Kommission zur Revision der Geschäftsordnung“ (6 angenommen, 2 abgelehnt, jedoch Stellungnahme als Ganzes abgelehnt), 3 Änderungsanträge zur Stellungnahme „Entwurf des Verhaltenskodexes für die Mitglieder des AdR“ (1 angenommen, 1 zurückgezogen, 1

abgelehnt), 5 Änderungsanträge zur Stellungnahme „Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Gestaltung der künftigen Östlichen Partnerschaft“ eingebracht durch mich (3 angenommen, 1 abgelehnt, 1 konsumiert).

Österreichische Wortmeldungen erfolgten durch LTPin Ledl-Rossmann zur Stellungnahme „Der potenzielle Beitrag des Eisenbahnsektors zur Verwirklichung der politischen Prioritäten der EU“ sowie zur Debatte über die soziale Säule Europas durch HLH Kaiser und HLR Illedits.

### **13.) 26. Sitzung der Fachkommission CIVEX am 9. Dezember 2019**

Unter Leitung der Vorsitzenden Barbara Duden (DE/SPE) fand die 26. Sitzung der Fachkommission CIVEX des Ausschusses der Regionen (AdR) am 9. Dezember 2019 in Brüssel statt.

Es wurden in dieser Fachkommissionssitzung keine Stellungnahmen angenommen.

Die zitierten Dokumente können unter dem Link <http://cor.europa.eu/de/activities/opinions/Pages/opinions-and-resolutions.aspx> (Bereich „Suche nach Stellungnahmen“) mittels der bei der jeweiligen Stellungnahme angegebenen CDR-Nummer (z.B. CDR 6940/2016) abgerufen werden.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Franz Schausberger', on a black background.

Dr. Franz Schausberger  
Beauftragter des Landes Salzburg  
für den Ausschuss der Regionen

Durchschrift ergeht zur Information an:  
Herrn Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer